



Presseerklärung:

Rheinland-pfälzische Parteien zur zukünftigen Bildungspolitik: rückwärts gewandt bis offen

"In der Bildungspolitik auch in den nächsten fünf Jahren nur eine zögerliche SPD, rückwärtsgewandte Christdemokraten, die sich allen Erkenntnissen der empirischen Pädagogik verweigern, und sogar ratifizierte internationale Abkommen nicht umsetzen wollen, eine FDP, die verschwommen wortreich den status quo, ebenfalls fern von allen wissenschaftlichen Erkenntnissen, beibehalten will, im Sinne unserer Initiative offenere GRÜNE, die ein inklusives Schulsystem wollen und die LINKE, die rundum offen den Vorstellungen der Initiative zustimmt, so komprimiert bewertet die unabhängige, rheinland-pfälzische Initiative "EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V." die Antworten der Parteien auf sechs Wahlprüfsteine.

"Insgesamt", so die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative, "bewegt sich das Antwortspektrum der Parteien im erwarteten Rahmen". Überraschungen seien ausgeblieben. Erstaunt müsse jedoch festgestellt werden, mit welcher hartnäckiger Verweigerung CDU und FDP die Ergebnisse der empirischen pädagogischen Forschung der letzten 20 Jahre ignorierten. Beide Parteien wollten um jeden Preis am gegliederten Schulsystem festhalten. Die CDU behaupte sogar, in der Bildungsforschung existierten „keinerlei evidente Ergebnisse ..., die definitiv die Vorteile eines längeren gemeinsamen Lernens belegen könnten".

SPD, GRÜNE und LINKE dagegen befürworteten das längere gemeinsame Lernen. Die SPD betone ausdrücklich, dass "Studien und internationale Vergleichstests (...) immer wieder darauf hin(weisen), dass längeres gemeinsames Lernen nicht schadet, sondern eher nutzt". Leider ziehe die Partei daraus nicht die notwendigen Konsequenzen, sondern wolle auch künftig bei ihrer zögerlichen und kleinschrittigen Politik bleiben. So sei die SPD noch nicht einmal bereit, die kooperative Form der Realschule plus abzuschaffen, "da die SPD für eine verlässliche Politik steht".

"Wir fordern die SPD nicht auf, unzuverlässig zu werden, sondern schlicht einen Fehler bei der Einführung der Realschule plus zu beheben; denn die Trennung der Schüler in einen Haupt- und Realschulzweig nach der 6. Klasse beendet zu früh das gemeinsame Lernen der Schülerinnen und Schüler dieser Schulart, was die SPD ja eigentlich als richtig ansieht", erinnert die Initiative die SPD. Diese Widersprüchlichkeit lasse sich in den Antworten der SPD leider zu oft finden. Statt klarer Aussagen, begründet auf eigener Programmatik, die zudem dem aktuellen Forschungsstand entspricht, fehle der Mut, die richtigen Konsequenzen zu ziehen – die inklusive Schule für Alle bis zum 10. Schuljahr.

Klare Aussagen, das bestehende System entsprechend der auch von Rheinland-Pfalz ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention umzuwandeln, formulierten nur die GRÜNEN und die LINKE. CDU und FDP verweigern sich prinzipiell den Forderungen der UN-Konvention. Die SPD kündige zwar an, den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern durch die Einrichtung weiterer Schwerpunktschulen auszubauen, das

Ziel, ein inklusives Schulsystem zu schaffen, scheine aber als "Vision" für sie in weiter Ferne zu liegen.

Große Zurückhaltung müsse man feststellen, wenn es darum geht, die Ganztagschule für Alle zu schaffen. Hier möchten alle Parteien, außer der LINKEN, bei der Ganztagschule als Angebotsschule bleiben. Darüber sollten die Eltern entscheiden. Einmal abgesehen davon, dass die SPD zudem eine "Finanzierung...verpflichtender Ganztagschulen... im aktuellen Haushalt (für) nicht darstellbar (hält)", will die CDU die Ganztagschule als Angebot ohnehin nur für die "Unglücklichen" in unserer Gesellschaft.

"Insgesamt ist wenig Aufbruch in den bildungspolitischen Aussagen der Parteien zu erkennen. Es überwiegt das 'Weiter-wie-bisher', insbesondere bei CDU und FDP das Beharren auf dem bestehenden gegliederten Schulsystem, das Ungerechtigkeiten manifestiert und Bildungsverlierer produziert. Zu hoffen bleibt, dass die GRÜNEN im Falle einer Regierungsbeteiligung ihre Vorstellungen in eine Koalition einbringen und den Mut haben werden, sie auch umzusetzen. Dann besteht ein wenig Hoffnung, dass auch das rheinland-pfälzische Bildungswesen gerechter werden und endlich den Anschluss an die internationale Entwicklung schaffen könnte. Längeres gemeinsames Lernen ist weltweite Praxis, das muss auch in allen unseren Schulen Realität werden", so die abschließende Forderung der "Initiative EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V." bei der Vorstellung der Parteiantworten zu den Wahlprüfsteinen.